

## Provisionsverbot gefordert

.....

19. Oktober 2009, Berlin

**Karl Matthäus Schmidt fordert Bundesregierung auf, Provisionen zu verbieten**

- **quirin bank-Chef: „Anlegerschutz konsequent zu Ende gedacht, bedeutet auf Provisionen im Privatkundengeschäft zu verzichten.“**
- **Petition im deutschen Bundestag angestrebt.**
- **Großbritannien, Niederlande und Skandinavien deutlich kundenfreundlicher als Deutschland.**

Berlin, 19. Oktober 2009. - Der Vorstandssprecher der quirin bank in Berlin, Karl Matthäus Schmidt, fordert die neue Bundesregierung öffentlich auf, Provisionen im Privatkundengeschäft zu untersagen. „Anlegerschutz konsequent zu Ende gedacht, bedeutet auf Provisionen ganz zu verzichten“, sagte Schmidt in Berlin. Im Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ sowie in weiteren überregionalen Tageszeitungen appelliert Schmidt an die Politik, sich für ein faires und transparentes Bankensystem einzusetzen und ruft auf breiter Basis dazu auf, seine Kampagne gegen Provisionen unter: [www.provisionsverbot.de](http://www.provisionsverbot.de) zu unterstützen.

Die Abschaffung versteckter Zahlungen von Produkthanbietern an Banken (sogenannte kick-backs) ist dabei ebenso Bestandteil des Forderungskatalogs wie die Offenlegung sämtlicher versteckter Gebühren und Kosten gegenüber dem Verbraucher.

Zielsetzung sei es, einige tausend Unterschriften zu sammeln und eine Petition im deutschen Bundestag einzureichen.

„Der deutsche Gesetzgeber muss Gas geben“, fordert Schmidt im Rahmen seines Petitionsaufrufs. Nur mit einem Verzicht auf Provisionen ließe sich das durch die Finanzkrise massiv beschädigte Vertrauen der Anleger in das Bankensystem wieder herstellen. Weder die bisherigen Kostentransparenzregelungen im Rahmen der MiFID, noch die ab Januar 2010 vom Gesetzgeber geforderten Beratungsprotokolle reichten aus, um ernsthafte Veränderungen zugunsten der Privatanleger durchzusetzen.

„In anderen Ländern werden Provisionen schon sehr viel stärker in Frage gestellt als hierzulande“, erläutert Deutschlands erster Honorarbanker seine Initiative. Das reiche von der Deckelung der Abschlussprovisionen in den Niederlanden bis zu einem Courtageverbot in den skandinavischen Ländern. In Großbritannien hat die dortige Finanzaufsicht FSA angekündigt, bis 2012 Provisionen bei Investmentprodukten ganz zu verbieten.

Damit würde die Honorarberatung zum Standard erklärt, so Schmidt weiter. Schon jetzt seien



britische Kunden sehr viel eher bereit, sich in Vermögensfragen gegen Honorar beraten zu lassen.

„Unser Forderungskatalog muss durchgesetzt werden“, so Schmidt, „weil versteckte Gebühren, Provisionen und verschwiegene kick-backs milliardenschäden verursacht haben und Mitverursacher der Finanzkrise sind“.

Der Anreiz der Banken zum eigenen Vorteil zu handeln, sei systembedingt. Hohe Provisionen bedeuten hohe Einnahmen für die Bank aber nicht zwingend für den Anleger. Ein Dilemma, das mit dem herkömmlichen Provisionsmodell nicht auflösbar sei.

Von alleine seien die Banken kaum zu einem Umdenken bereit. Deshalb brauche es dringend gesetzliche Rahmenbedingungen. Vor diesem Hintergrund könnten sich Geschäftsmodelle, die auf Nachhaltigkeit, Partnerschaftlichkeit und Fairness ausgerichtet sind, deutlich schneller entwickeln.

### **Ansprechpartnerin für Medien**

.....

Kathrin Kleinjung  
Leiterin Unternehmenskommunikation  
quirin bank AG  
Kurfürstendamm 119  
D-10711 Berlin

Telefon: 030 890 21-402  
Telefax: 030 890 21-399

[kathrin.kleinjung@quirinbank.de](mailto:kathrin.kleinjung@quirinbank.de)